

Deutsch-deutsche Währungsunion | 25.06.2015 | Lesezeit 6 Min.

"Es ging nur ganz oder gar nicht"

Dr. Theo Waigel (76) war von 1988 bis 1998 Bundesfinanzminister und von 1988 bis 1999 Vorsitzender der CSU.

Herr Waigel, Sie waren vor 25 Jahren als Bundesfinanzminister mittendrin im Vereinigungsprozess. Gab es damals etwas, worüber Sie sich besonders geärgert haben?

Ja, das waren die permanenten Überschriften in den westdeutschen Zeitungen. ‚Was kostet die Einheit?‘ oder ‚Erhöht Waigel die Steuern?‘. Es ging nicht um die Freiheit der Menschen, nicht um die Neuordnung Europas, nicht um die riesigen Chancen, die wir hatten, sondern immer nur darum, wie viel es kostet.

Lassen Sie uns über das Gelingen reden. Für die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gab es keinerlei Vorbilder. Selbst wenn Fehler gemacht wurden, kann man also niemandem einen Vorwurf machen.

Wir sollten nicht von Fehlern reden, sondern von politischen und ökonomischen Notwendigkeiten.

Wir wollten auf etwas anderes hinaus: Gerade weil es keine Blaupause gab, kann man sachlich Bilanz ziehen und fragen, ob Sie und die Bundesregierung mit dem Wissen von heute in der gleichen Situation etwas anders machen

würden als damals?

Nein, die Grundsatzentscheidungen waren richtig und notwendig, und vor allem haben wir die Gelegenheit beim Schopf gepackt. Natürlich haben wir damals auch über Stufenpläne nachgedacht, die ökonomisch gut zu begründen waren. Aber ich bin sehr schnell zu der Erkenntnis gekommen, dass ein stufenweiser Vereinigungsprozess nur möglich gewesen wäre, wenn wir Zuzugsbeschränkungen erlassen und den DDR-Bürgern, die in den Westen kamen, keinerlei Unterstützungen gewährt hätten. Doch wenn Menschen eine Mauer einreißen, können demokratische Politiker sie nicht wieder aufbauen.

Wie hätte ein Stufenplan konkret ausgesehen?

Die DDR hätte die Marktwirtschaft eingeführt, aber eine Zeitlang mit einem Wechselkurs von 1 zu 4 oder 1 zu 5 leben müssen. Dazu wären Devisenkontrollen nötig gewesen - und die Hoffnung, dass sich die Lage irgendwann stabilisiert. So etwa hatten sich das anfangs der Sachverständigenrat und das Wirtschaftsministerium vorgestellt.

Warum ist es anders gekommen?

Mir war schon Anfang 1990 eines klar: Auch wenn in der DDR bei den ersten freien Wahlen Demokraten gewählt werden, hätte kein Politiker die Kraft gehabt, über Jahre hinweg durchzuführen, was bei einer stufenweisen Anpassung notwendig gewesen wäre: nämlich den Lebensstandard um 20 oder 30 Prozent zu senken, um von dieser Basis aus einen Wirtschaftsaufschwung zu erreichen. So haben es zum Beispiel Tschechien und Polen gemacht, doch in der DDR wäre das unmöglich gewesen - wenn nebenan die Westdeutschen mit ihrem permanent steigenden Wohlstand leben. Es gab keine Alternative zu einer schnellen Wirtschafts- und Währungsunion. Es ging nur ganz oder gar nicht.

Herr Waigel, wer hat Folgendes gesagt ? „Die Währungsunion ist der Hauptgrund dafür, dass Ostdeutschland zurückbleibt und der Abstand eher größer wird. Die Betriebe mussten von einem Tag auf den anderen ihre Löhne in D-Mark bezahlen - und das konnte natürlich niemand. Alle Betriebe der DDR waren am 1. Juli 1990 faktisch zahlungsunfähig.“

Das war Karl Otto Pöhl, der damalige Präsident der Bundesbank. Doch auch er hat nach kurzem Bedenken klar erkannt, dass es keine andere Lösung gab, denn das hätte niemand akzeptiert.

Es ging damals um die Frage des richtigen Umtauschkurses.

Genau, der offizielle Vorschlag der Bundesbank war 1 zu 2 für Löhne, Renten, Schulden und so weiter. Innerhalb der Bundesbank gab es aber auch Stimmen, die sagten, es geht nur 1 zu 1. Dazu muss man wissen, dass die Durchschnittslöhne in der DDR bei 1.250 Ostmark lagen. Bei einer Umstellung von 1 zu 2 hätten die Menschen 625 DM gehabt - bei uns waren die Löhne drei- bis viermal so hoch. Und bei den Renten hätte der Unterschied sogar bis zum Sechsfachen betragen - das wäre unmöglich gewesen.

Es ging also nur 1 zu 1?

Das Gesamtumtauschverhältnis betrug 1 zu 1,8, und dazu gab es keine Alternative. Was aber falsch lief, waren die anschließenden Tariferhöhungen, die nicht zur Produktivitätsentwicklung passten. Doch das war Sache der Tarifpartner, nicht der Bundesregierung.

Für die ostdeutsche Industrie war der Umtausch von 1 zu 1 schon fatal. Sie war jahrelang nicht wettbewerbsfähig und selbst heute noch klafft eine Produktivitätslücke von rund 25 Prozent gegenüber Westdeutschland.

Natürlich wussten damals alle, dass eine solche Aufwertung für die Unternehmen problematisch ist. Deshalb wurden sie von der Treuhand mit Kapital versorgt, jedenfalls die, die ein tragfähiges Konzept hatten. Aber vielen Betrieben war schlichtweg der Markt weggebrochen. Es hat doch niemand mehr einen Trabi oder Wartburg gekauft, da hätte auch ein Umtauschkurs von 1 zu 2 nichts geholfen.

Überhaupt ist die Wirtschaftskraft der DDR heillos überschätzt worden.

Was wir im Westen nicht wussten, war, dass die noch mit einem Kapitalstock wie aus der Zeit des Ersten Weltkriegs unterwegs waren. Hans Modrow, damals DDR-Regierungschef, hatte den Wert der DDR-Betriebe zwar auf 1,5 Billionen DM beziffert, doch als Detlev Rohwedder im Januar 1991 Treuhand-Chef wurde, war nur noch von einer halben Milliarde DM die Rede. Kurz danach war klar, wir würden sogar ein Minus von 300 Milliarden haben.

Als Finanzminister mussten Sie damals 8 oder 9 Prozent Zinsen zahlen, heute kann sich Deutschland fast zum Nulltarif refinanzieren. Hätte die Bundesbank damals - wie heute die EZB - die Zinsen senken sollen?

Tatsächlich gab es damals viel internationale Kritik. Schließlich hatte die Bundesbank in Europa eine führende Rolle. Wenn die deutschen Zinssätze hoch waren, zogen alle anderen nach. Doch die Bundesbank war und ist nur der Stabilität verpflichtet, und ich habe ihre Entscheidungen immer akzeptiert und kritisiere sie auch heute nicht.

Könnte man eine Parallele ziehen zwischen der DDR und Griechenland - in dem Sinne, dass beide Länder eine Währung bekommen haben, für die sie noch nicht reif waren?

Das lässt sich kaum miteinander vergleichen. Im Gegensatz zur DDR haben die Griechen heute eine Währung, auf die sie sich verlassen können. Und die Regierung war in den vergangenen beiden Jahren immerhin auf einem guten Weg, was die Konsolidierung und Strukturreformen angeht. Aber mit dem völligen Wechsel der Politik in Athen hat es einen Bruch gegeben.

Was würden Sie den Euroländern im Umgang mit Griechenland raten?

Man darf sich weder persönlich noch politisch erpressen lassen. Europa hat seit 1981, als Griechenland der EU beitrug, unendlich viel für Griechenland getan. Die EU hat 150 Milliarden Euro ausgegeben und in den letzten Jahren gewaltige Garantiesummen aufgebracht. Griechenland muss sich entscheiden, wie es die notwendigen Anpassungen vornehmen will - innerhalb oder außerhalb des Systems. Wenn sich die Griechen für die Währungsunion entscheiden, dann gibt es Hilfen - aber nur unter der Bedingung, dass daraus etwas Dauerhaftes entsteht.

Da wir gerade von Solidarität reden: Den Soli, ursprünglich für ein Jahr lang geplant, gibt es noch immer und er soll erst in fünf Jahren schrittweise abgebaut werden.

Der Solidaritätszuschlag ist damals eingeführt worden, weil das ohne die Zustimmung des Bundesrats ging. Die Länder haben sich ja nicht gerade übermäßig solidarisch an der Finanzierung der deutschen Einheit beteiligt, der Bund hat etwa 80 Prozent der Kosten getragen. Um die Refinanzierung sicherzustellen, blieben letztlich nur Steuern, über die der Bund allein verfügt. Trotzdem kann der Soli nicht unbegrenzt erhoben werden - sonst entstehen verfassungsrechtliche Bedenken.

Herr Waigel, die iwd-Redaktion bedankt sich für das Gespräch.

Im Interview: Theo Waigel *Beruf*

1. war von 1989 bis 1998 Bundesminister der Finanzen
2. war für die Ausverhandlung und Durchführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verantwortlich



Kernaussagen in Kürze:

- Interview mit Theo Waigel zur Währungsunion